

Antragsteller: Kreisverband Lörrach

Empfänger: SPD-Landesvertreterversammlung 11.03.17

Antrag: zum Thema Bildung

Wir fordern:

- die Stufenweise Abschaffung von Kindergartengebühren, Ausbildungskosten und Studiengebühren
- die Förderung der Gemeinschaftsschule und gebundenen Ganztageschule mit dem Prinzip „länger gemeinsam lernen“ sowie „später die Berufsentscheidung fällen“
- Inklusion ja, aber nur mit Unterstützung für die Lehrenden (Zweilehrerprinzip)
- Erhalt und Ausbau der Durchlässigkeit des Bildungssystems
- Es darf beim Schuleintritt keinen Unterschied machen, welche Herkunft oder welches Elternhaus man hat:
  - Verpflichtendes letztes Kindergartenjahr
  - aktive Sprachförderung
  - Berufsberatung verbunden mit Orientierungshilfen an weiterführenden Schulen
  - Aktive Förderung der Erwachsenenbildung, u.a. Unterstützung des beruflichen Wiedereinstiegs nach der Erziehungszeit
  - Betreuung von StudienabbrecherInnen
  - Ausbau des Dualen Studiums als sozial-gerechte Ausbildung

Begründung:

Die wichtigste Ressource unseres Landes sind gut ausgebildete Menschen. Die schulische, berufliche und universitäre Bildung senkt nicht nur das Risiko, arbeitslos zu werden. Bildung gibt Menschen Chancen, Sinn und das Instrument, ihre Zukunft selbst zu gestalten und sich selbst zu helfen.

Gerade die frühkindliche Bildung hat enorme Auswirkung auf die Zukunft der Kinder in Deutschland. Neben den klassischen Kenntnissen lernen die Kinder Verantwortungsbewusstsein und das soziale Miteinander in der Schule

Die Arbeitswelt unterliegt einem stetigen Wandel. Eine Ausbildung zu machen um anschließend ein Leben lang im gleichen Betrieb und in der gleichen Funktion zu bleiben gehört heute eher zu Ausnahme als zur Regel.

Zur künftigen Arbeitsplatzsicherheit gehört eine gute und kontinuierliche berufliche Qualifikation (Erwachsenenbildung).

Daher wollen wir:

- gute Anpassungs- und Aufstiegsfortbildungen
- die Möglichkeit ausbauen, Schul- und Berufsabschlüsse nachzuholen oder zu verbessern

- den Wiedereinstieg in den Beruf nach Erziehungszeiten
- die Beibehaltung und Stärkung des Bildungszeitgesetzes

Der Antrag wurde auf dem Kreisparteitag am 24.09.2016 in Ötlingen beschlossen